

Gerd Langguth

Bonn, den 23. Februar 1975

Einige Anmerkungen zum CDU-Strategie-Papier
(Vorlage CDU-Bundesvorstand 24. Februar 1975)

I.

Generell ist die Vorlage dieses Strategiepapieres ausserordentlich zu begrüssen, da erstmalig (zumindest seit 1971) in dieser Form der Versuch unternommen wird, eine Analyse der weltpolitischen Ausgangslage mit einer langfristigen Strategie zu verbinden. Insgesamt ergeben sich aber für mich auf der Basis des vorliegenden Papieres - sowohl im Analyse - wie im eigentlichen Strategieteil - eine Reihe von Fragestellungen.

II.

A. Einige Bedenken

1. Insgesamt überwiegt bei dem vorliegenden Strategiepapier eine äußerst skeptische Betrachtung der Weltlage. Zwar ist eine nüchterne Betrachtung dieser Situation Voraussetzung einer Strategie der CDU (was unter "Strategie" allerdings zu verstehen ist, wird in dem vorliegenden Papier nur leicht angedeutet), doch ist mir die pessimistische Interpretation, die ja auch erheblichen Einfluß auf die Strategie als solche hat, in dieser Form zu weitgehend.

Dies führt m.E. dazu, daß die in jeder Gesellschaft vorhandenen 'Sehnsüchte' nach Veränderungen und nach grundsätzlicher Wertorientierung nicht genügend berücksichtigt werden, d.h., daß auf der Basis des vorliegenden Papiers die Motivation des Bürgers zur Wahl der CDU nur bedingt geweckt wird.

2. Die Einschätzung der Krisensituation, wie sie in dem Papier vorgenommen wurde, muß gleichzeitig den Ruf nach einem 'starken Staat' laut werden lassen (um Mißverständnissen entgegenzutreten: niemand wird gegen einen handlungsfähigen, mit echter Autorität versehenen Staat sein können), wenn die als Folge dieser Interpretation resultierende Unsicherheit des Bürgers über die weitere gesellschaftliche Entwicklung politisch wirksam wird.

Ich bin aber der Überzeugung, daß in betonten Krisensituationen jede Bundesregierung - gerade bei dem gegenwärtigen Bundeskanzler - über einen erheblichen Handlungs-Bonus gegenüber der Oppsotion verfügt, womit die Stellung der Bundesregierung eher ausgeweitet denn reduziert würde.

Auch muß die Frage gestellt werden, inwieweit in jederlei Beziehung tatsächlich von einer allgemeinen Krisensituation ausgegangen werden kann, die zum erheblichen Teil durch "Nullwachstum" geprägt ist. Möglicherweise können wir sogar auf ein neues Wachstum setzen. Helmut Kohl sprach ja sogar von einem möglichen "zweiten Wirtschaftswunder". Auch ist die Frage, inwieweit das Ölkartell, dessen Bedeutung ich nicht unterschätzen will, auf lange Dauer hin wirksam bleiben wird.

3. M.E. wird in dem vorliegenden Strategiepapier eine überdeutliche Betonung der Aussenpolitik, die in vielfacher Weise als Aussenwirtschaftspolitik interpretiert wird, vorgenommen. Ich stimme zu, daß innerhalb der CDU - trotz der aussenpolitischen Bemühungen der Bundesregierung - nicht immer genügende Bereitschaft vorhanden war und ist, Probleme vor allem der Sicherheitspolitik mit Vorrang zu bedenken, dennoch darf die CDU nicht in den gleichen Fehler wie die Regierung verfallen, die zur Überbrückung politischer Gegensätzlichkeiten in ihren eigenen Reihen und den Reihen der Koalition sich lange Zeit fast gänzlich auf die Aussenpolitik verlegte.

B. Einige Fragen und Ergänzungsvorschläge

· 4. Insgesamt geht aus dem vorliegenden Papier nicht in genügender Klarheit hervor, wer die nationalen Interessen definiert: der Staat, die Parteien, die Verbände ? Sind diese 'nationalen Interessen' überhaupt zu definieren, sozusagen als 'Gemeinwohl'? Was ist und wer bestimmt in einer offenen Gesellschaft das Gemeinwohl ? Auch das Verhältnis Staat - Gesellschaft müsste präzisiert werden (s.hierzu auch Vorstandsvorlage 1972 Schwarz-Schilling/Langguth; Forderung einer "liberalen Demokratie in einer offenen Gesellschaft"). Auch wird m.E. nicht genügend deutlich, welche Rolle den politischen Parteien (in Sonderheit, wenn sie 'Volksparteien' sind) in ihrem Verhältnis zu Staat, Gesellschaft und Verbänden zukommt.

5. Im Zusammenhang mit der Frage der Rolle des Staates müsste akzentuierter eingegangen werden auf

- die Belastbarkeit des Sozialstaates (Probleme eines reinen Versorgungsstaates und die damit zusammenhängende Frage des Leistungsprinzips) und auf
- die Frage nach dem „Subsidiaritätsprinzip“ (aufgezeigt an der Stellung der freien und privaten Träger im Sozialwesen).

Gerade bei diesen Fragen bestehen m.E. nicht nur fundamentale Gegensätze zur SPD, sondern hier sind auch offensive Profilierungsmöglichkeiten der CDU noch deutlicher auschöpfbar.

6. Angesprochen müsste ferner die Auseinandersetzung, der Kampf um politische Begriffe (Liberalismusverständnis, was ist "sozial-liberal"? u.a.) werden.

7. Berücksichtigt werden müsste auch die Frage des Föderalismus als Moment der Gewaltenteilung (siche hierzu Rede von Helmut Kohl am 10. Juni 1974) und der strategische Wert von CDU-geführten Landesregierungen.

8. Im Zusammenhang mit der Rolle von Verbänden etc. sollte

- konkretisiert werden, welche Verbände vor allem angesprochen werden (nur Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ?),
- ein Hinweis vorgenommen werden, wie unbotmässiger und übermächtiger Einfluß von Verbänden eingedämmt werden kann (z. B. durch ein Verbändegesetz ?) ,
- aufzeigt werden, wie die Interessen solcher gesellschaftlicher Gruppen vertreten werden können, hinter denen keine Verbände, keine mächtige Lobby steht (z.B. Kinder, alte Menschen, Gastarbeiter).

9. Ausserdem müsste der konkrete Bezug der Notwendigkeit zur Sicherung der nationalen Existenz zu Fragen der europäischen Integration angesprochen werden (auch die Frage, wie der europäische Gedanke konkret erfahrbar für den einzelnen Bürger werden kann). Auch das Thema NATO müsste in einem solchen Strategiepapier m.E. angesprochen werden..

10. Es müsste stärker herausgearbeitet werden, welche Prioritäten die CDU im Falle eines bundesweiten Wahlsieges durchsetzen will, die übrigens abgeleitet sein sollten von der Frage unseres Menschenbildes (daraus müssten Erklärungen folgen, warum wir ^{z.B.} aufgrund unserer geistigen Grundlagen für weitgehend individuelle Vermögensbildung und nicht für eine kollektivistisch ausgerichtete Vermögensbildung eintreten). Gerade der Vermögenspolitik würde ich stärkere Priorität einräumen, als dies im Papier getan wird. Auch andere zentrale Fragen müssten stärker herausgearbeitet werden, wie im Bereich der Bildungspolitik die Bildungsinhalte (Rahmenrichtlinien, Studienreform).

11. Ausserdem müsste stärker herausgearbeitet werden, auf welche Zielgruppen die Politik der CDU besonders ausgerichtet sein soll , wie z.B.

- junge Arbeitnehmer
- Frauen
- Oberschüler, Studenten, "Intellektuelle".